

Klimaschutz und Gender in der kommunalen Praxis

Am Beispiel des Klimaschutzkonzeptes der Stadt Duisburg

Verena Fisch, Juliane Frost & Alena Dietl

1. Einleitung

In den letzten Jahrzehnten wurde die Relevanz von Klimaschutz und Klimaanpassung als komplementäre Strategien zur Eindämmung der Bedrohung durch die globale Erderwärmung weithin anerkannt (Fuhr/Hickmann/Kern 2018; IPCC 2014). In der Folge entwickelten sich Aushandlungsprozesse um Klimagovernance, also der Kombination beider Strategien, zu einem umstrittenen akademischen wie auch zu einem machtvollen politischen Diskurs, der mit Ressourcenverteilung und materieller Praxis, d.h. dem direkten Eingreifen in die materielle Umwelt aus Klimaschutz- oder Klimawandelanpassungsgründen, verbunden ist. Doch trotz dieser eindeutigen politischen Dimensionen findet ein Großteil der Forschung zu Klimagovernance weitgehend in einem de-politisierten Kontext statt, indem die Entwicklung von technischen und wirtschaftlichen Lösungen im Vordergrund steht (Klepp/Chavez-Rodriguez 2018). Um dies zu ändern, fordern viele Wissenschaftler:innen eine Politisierung der Debatte um Klimagovernance und legen den Fokus ihrer Forschung explizit auf machtkritische Fragen der Gerechtigkeit. In diesem Zusammenhang können feministische Ansätze einen sinnvollen Beitrag leisten, indem sie die Verflechtungen zwischen Gender und Klimagovernance thematisieren und strukturelle Ungerechtigkeiten sichtbar machen (Cohen 2017; Klepp/Chavez-Rodriguez 2018).

Klimapolitik findet nicht nur auf internationaler und nationaler, sondern zunehmend auch auf lokaler Ebene statt. Lokale Strategien bieten einen konkreten Handlungsrahmen für die Politik vor Ort, um nationale und internationale Abkommen zum Klimaschutz umzusetzen und gezielt auf ortsspezifische Auswirkungen der Klimakrise zu reagieren. Die Industriestadt Duis-

burg hat im Jahr 2017 als Ergebnis eines mehrjährigen Prozesses ihr erstes Klimaschutzkonzept verabschiedet, dessen effektive Umsetzung Anfang 2021 begonnen hat (Stadt Duisburg 2017a). Neben klassischen Handlungsfeldern wie etwa *Industrie und Wirtschaft* oder *Verkehr* enthält das Konzept auch ein Kapitel zu *Gender und Diversity im Klimaschutz* und rückt damit vor allem die Themen Gender und Migration in den Fokus. Durch die Inklusion von Genderbelangen im Klimaschutz hebt sich das Dokument von anderen lokalen Klimaschutzstrategien, welche kaum auf Genderbelange eingehen, ab. Denn trotz der wachsenden Aufmerksamkeit für die Zusammenhänge zwischen Gender und Klimaschutz mangelt es nach wie vor an der Umsetzung in der praktischen Klimaschutzplanung (Spitzner et al. 2020). Wie unsere Hintergrundrecherche zu diesem Beitrag zeigte, ist das Klimaschutzkonzept der Stadt Duisburg deutschlandweit eines der wenigen Verwaltungsdokumente aus der lokalen Klimaschutzpraxis, in dem der Zusammenhang zwischen Klima und Gender überhaupt adressiert wird. Im Hinblick auf das transformative Potenzial einer Genderperspektive beim Klimaschutz (Pelling/O'Brien/Matyas 2015) ist es somit wichtig zu verstehen, in welchen Kontexten das Thema in der Praxis bisher verankert wird. Dieser Beitrag hat daher zum Ziel, den Entstehungsprozess des Duisburger Klimaschutzkonzepts zu untersuchen, um jene Faktoren besser nachvollziehen zu können, die zur Einbeziehung des Themas Klima und Gender in das Dokument beigetragen haben. In einem zweiten Schritt soll evaluiert werden, mit welchen Verständnissen von Gender und Gerechtigkeit in diesem Kontext gearbeitet wurde.

Um dies zu erreichen, werden im Folgenden zunächst die Konzepte Gender und Umweltgerechtigkeit sowie ihre Überschneidungen theoretisch erläutert. Anschließend werden das Klimaschutzkonzept der Stadt Duisburg sowie kontextspezifische Zusammenhänge genauer vorgestellt. Darauf folgend werden in dem Ergebnisteil die obenstehenden Fragen nach den Einflussfaktoren sowie dem zugrundeliegenden Verständnis von Gender auf Grundlage von Expert:inneninterviews und einer Dokumentenanalyse beantwortet und in einer abschließenden Diskussion in einen breiteren Kontext gesetzt. Unsere Forschung verweist dabei auf den entscheidenden Einfluss von Individuen und Netzwerken, die ergebnisoffene Arbeitsweise der Universität Duisburg-Essen sowie die finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen als wesentliche Faktoren für die Berücksichtigung von Gender im Klimaschutzkonzept. Gleichzeitig zeigen wir, dass die Verwendung des Begriffs *Gender* hier auf einem binären Verständnis des sozialen Geschlechts beruht und essentialisti-

sche Argumentationsweisen häufig reproduziert anstatt intersektionale Perspektiven ermöglicht werden.

2. Theoretische Einordnung

2.1 Zum Begriff Gender

In diesem Beitrag verwenden wir Gender als eine Perspektive zur Analyse von Machtbeziehungen im lokalen Klimaschutz. Gender bezeichnet im Deutschen das *soziale* Geschlecht und wird verwendet, um sozial und kulturell konstruierte Rollen und Beziehungsmuster, Verhaltensweisen, Erwartungen und Machtstrukturen zu beschreiben, die eine Gesellschaft individuellen Menschen aufgrund ihrer Identität zuschreibt (European Institute for Gender Equality 2021). Dem entgegen steht das *biologische* Geschlecht eines Menschen (englisch *sex*), das die körperlichen Unterschiede zwischen Menschen aufgrund ihrer sexuellen und reproduktiven Fähigkeiten bezeichnet (Butler 1986). Gender umfasst verschiedene Identitäten sowie soziale, wirtschaftliche und kulturelle Fähigkeiten, Möglichkeiten und Eigenschaften, die ein Mensch in einer Gesellschaft innehat (Butler 1990). Gender ist dabei nicht unabhängig von anderen sozialen Kategorien, wie bspw. Klasse, Alter, ethnische Zugehörigkeit, Religion oder Gesundheitszustand. Diese unterscheiden sich von Gesellschaft zu Gesellschaft und verändern sich im Laufe der Zeit (Alber 2015).

Die Ursachen für geschlechtsspezifische Ungleichheiten sind historisch gewachsen. Sie liegen in beständig reproduzierten Machtverhältnissen und gesellschaftlichen Mustern, die Geschlechterrollen in einer Weise definieren und verstärken, die nicht-männlich gelesenen Menschen häufig weniger Entscheidungsbefugnis und erschwerten Zugang zu und Kontrolle über Ressourcen zuweist (Holvoet/Inberg 2014). Dies führt zu androzentrischen Systemen und bedeutet, dass in einer Gesellschaft die ›männliche‹ Perspektive vorherrscht und als ›normal‹ gilt, während Identitäten, Einstellungen und Verhaltensweisen von nicht-männlich gelesenen Menschen vernachlässigt und als Abweichung von der ›Norm‹ betrachtet werden. Auf gesellschaftlicher Ebene kann dies zu erheblichen Ungleichheiten führen, z.B. in Bezug auf den Zugang zu Ressourcen wie Land, Kapital und Informationen oder auch im Hinblick auf ungleiche Bezahlung für gleiche Arbeit (*gender pay gap*) (Alber 2015; Statistisches Bundesamt 2021; Tharenou 2013).

2.2 Zusammenhang von Gender und Klimakrise

Auf den ersten Blick erscheinen sowohl die Auswirkungen der Klimakrise als auch die Reaktionen darauf gender-neutral. Klimatische Veränderungen werden überwiegend als technisches und (natur-)wissenschaftliches Problem betrachtet; dabei ist der anthropogene Klimawandel ein soziales, politisches und wirtschaftliches Phänomen mit tiefgreifenden Auswirkungen auf soziale und ökologische Gerechtigkeit (Grundmann 2016; Röhr et al. 2008). Bei genauerem Hinsehen wird deutlich, dass auch zwischen den Konzepten Klimakrise und Gender komplexe Verbindungen bestehen, die viele wichtige Dimensionen politischer und gesellschaftlicher Debatten betreffen (Cohen 2017; GenderCC o.J.; Terry 2009). Wenn bspw. Anreize zu umweltfreundlicherem Konsumverhalten über höhere Preise geschaffen werden sollen, so treffen diese Maßnahmen Menschen mit geringerem Einkommen härter. Aufgrund der oben geschilderten sozialen Ungleichheiten sind so häufig ältere Frauen¹ und alleinerziehende Mütter die Leidtragenden (genannt o.J.).

Dennoch werden genderspezifische Aspekte in der Klimapolitik nur selten berücksichtigt – weder auf lokaler, nationaler oder internationaler Ebene. Hemmati und Röhr (2009) nennen als Gründe dafür vor allem die mangelnde Beteiligung von Frauen und Gender-Expert:innen an klimabezogenen Entscheidungsprozessen aber auch den Mangel an Daten über den Zusammenhang von Gender und Klimawandel (siehe auch Arora-Jonsson 2011; Cohen 2017). Bisherige Forschung zeigt, dass Entscheidungsträger:innen im ›globalen Norden‹ häufig das Wissen über soziale Ungleichheiten fehlt, wodurch soziale Faktoren bei klimarelevanten Entscheidungen nicht einbezogen werden (Kronsell/Magnúsdóttir 2021).

Im wachsenden Spektrum akademischer Publikationen zu Gender und Klima lassen sich besonders zwei Trends beobachten: Erstens, die Konzeptualisierung von Gender im Sinne von Frauen als Risikogruppe (*vulnerable*) und zweitens die geographische Beschränkung der Debatte auf den ›globalen Süden‹ (Arora-Jonsson 2011). Hinsichtlich Vulnerabilität wird meist unterschieden zwischen physischer Belastung und gesundheitlichen Aspekten bezüglich veränderter klimatischer Verhältnisse einerseits und andererseits der Frage, wie soziale Faktoren wie bspw. Klasse, ethnische Zugehörigkeit oder eben auch Gender die Vulnerabilität von Menschen beeinflussen (Terry

1 Als *Frauen* werden in diesem Beitrag alle Menschen verstanden, die sich selber als Frauen definieren.

2009). Dieser Bereich beschäftigt sich vorrangig mit sozialen (z.B. kulturelle Normen, geschlechtsspezifische Rollenverteilung) und ökonomischen Faktoren, die die Auswirkungen klimatischer Veränderungen für bestimmte Bevölkerungsgruppen noch einmal verstärken (Pearse 2017; Sorensen et al. 2018).

Autor:innen verweisen darauf, wie vor allem Frauen aus ländlichen Regionen des ›globalen Südens‹ verstärkt unter den Auswirkungen der Klimakrise leiden. Als ausschlaggebend für diese Benachteiligung gelten vor allem die oben erwähnten Faktoren für besondere Vulnerabilität, also bspw. mangelnder Zugang zu (finanziellen) Ressourcen, Ausschluss von Frauen aus Entscheidungsprozessen, kulturelle Normen, religiöse Überzeugungen und soziale Ausgrenzung im Allgemeinen (siehe bspw. Atapattu 2015; GenderCC o.J.). Die systematische Benachteiligung von nicht-männlichen Menschen gilt jedoch nicht nur für Länder des ›globalen Südens‹, sondern betrifft auch Staaten in Europa. Institutionalisierte Ungleichbehandlung in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen sind auch in Deutschland nach wie vor ein Problem (Wippermann 2020). In diesem Kontext scheint es nicht verwunderlich, dass Gender als soziale Kategorie auch in Klimaschutzdebatten nur selten Berücksichtigung findet (Röhr/Sauer 2018). Der Abschlussbericht des *Umweltbundesamtes* zu interdependenten Genderaspekten der Klimapolitik stellt bspw. fest, dass »Klimapolitik lange Zeit als geschlechtsneutral betrachtet wurde« (Spitzner et al. 2020: 13) und sich internationale Anstrengungen und Abkommen (bspw. der 2017 verabschiedete Gender Aktionsplan (UNFCCC 2017)) noch nicht in nationalen Klimaschutzbestrebungen widerspiegeln, auch nicht in Deutschland.

2.3 Umweltgerechtigkeit als Blickwinkel auf Gender in der Klimakrise

Der Begriff der Umweltgerechtigkeit hat seine Wurzeln in der Bewegung für ökologische Gerechtigkeit in den USA (Bullard 1990) und bezog sich ursprünglich ausschließlich auf die ungerechte Verteilung von Umweltbelastungen (*environmental bads*). So bildeten Fragen der gerechten Verteilung im Kontext von Umweltgerechtigkeitstheorien lange Zeit den zentralen wissenschaftlichen Fokus. Allerdings kritisiert Schlosberg (2004) in Anlehnung an Iris Young (1990) und Nancy Fraser (1998, 2000), dass eine entsprechend enge Fokussierung zentrale Gerechtigkeitsimplikationen der Anerkennung und Partizipation im Rahmen von Umwelt(un)gerechtigkeiten unbeachtet lässt. Hinzu kommt, dass bei einer alleinigen Analyse distributiver Aspekte die nor-

mative Frage, was als gut und wünschenswert gesehen wird, unbeantwortet bleibt. Young (1990) kritisiert außerdem, dass durch eine gerechte Verteilung allein keineswegs die zugrundeliegenden Ursachen von Ungerechtigkeit adressiert werden.

Schlosbergs (2004) Kritik begründet ein plurales Verständnis von Umweltgerechtigkeit, welches neben einer gerechten Verteilung von *environmental goods* und *bads* auch die Anerkennung der Belange diverser öko-sozialer Gerechtigkeitsbewegungen sowie ihrer Partizipation in politischen Entscheidungsprozessen ermöglicht. Menschen sind aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer oder mehreren sozialen Gruppen unterschiedlich von Umweltfaktoren betroffen. Besonders markant ist dabei die bereits erwähnte Teilung zwischen ›globalem Norden‹ und ›globalem Süden‹ sowie die Anerkennung der Rechte zukünftiger Generationen. Aber auch andere soziale Faktoren wie Nationalität, Hautfarbe, Berufsstatus, Gesundheit, Einkommen oder eben auch Gender beeinflussen, inwiefern Menschen von Umweltschäden und auch umweltpolitischen Maßnahmen betroffen sind (genannt o.J.).

Heute umfasst das Konzept mehrere Dimensionen von Gerechtigkeit und spiegelt so die Vielfalt der Bewegungen für Umweltgerechtigkeit auf lokaler, nationaler und globaler Ebene wider (Carmin/Agyeman 2011; Hein/Dünckmann 2020; Martin et al. 2014; Schlosberg 2013). Auch diesem Beitrag liegt ein Verständnis von Gerechtigkeit zugrunde, in dem neben gerechter Verteilung von Umweltrisiken (*equity*) auch die Anerkennung der Vielfalt der betroffenen und beteiligten Gruppen (*recognition*) sowie die Beteiligung an politischen und gesellschaftlichen (Entscheidungs-)Prozessen (*participation*) eine wichtige Rolle spielen. Die Berücksichtigung von Anerkennung und politischer Teilhabe als Dimensionen von Umweltgerechtigkeit dient nicht nur dazu umweltpolitische Maßnahmen zu gestalten, sondern trägt auch dazu bei, strukturelle Ursachen von Ungerechtigkeiten zu ermitteln, politische Aufmerksamkeit darauf zu lenken sowie mehr Verständnis für die sozialen Auswirkungen von Umweltveränderungen zu schaffen (Hafner 2020; Hein/Dünckmann 2020). In diesem Beitrag nutzen wir verschiedene Dimensionen von Umweltgerechtigkeit, um unsere Forschung vom oben beschriebenen Fokus auf Vulnerabilität zu lösen und ein alternatives Verständnis von Gender und Klimaschutz zu erlangen. Eine wichtige Rolle spielt dabei die epistemische Dimension von Umweltgerechtigkeit. Wie wird lokales Wissen in Klimaschutzstrategien berücksichtigt? Welche Daten werden erhoben und veröffentlicht? Wessen Erfahrungen fließen in die Formulierung von Konzepten mit ein und wessen Stimme bleibt ungehört? All diese Fragen beschreiben

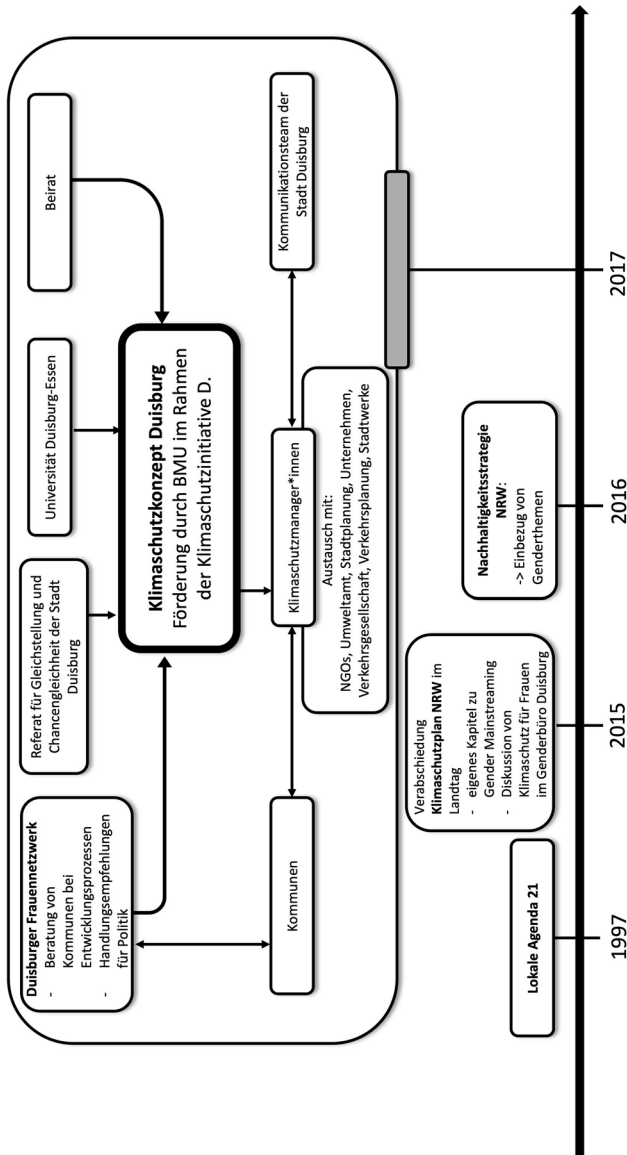
eine Dimension von Gerechtigkeit, die auf mehr beruht als nur formaler Anerkennung und Inklusion, sondern langfristig auf nachhaltige soziale Transformation abzielt (Dieleman 2015; Temper/Del Bene 2016).

3. Duisburger Klimaschutzkonzept

Die Großstadt Duisburg ist Teil der Metropolregion Rhein-Ruhr im Bundesland Nordrhein-Westfalen und hat etwa 500.000 Einwohner:innen (Stand 2021, Information und Technik Nordrhein-Westfalen 2022). Im 19. und 20. Jahrhundert war die Stadt dank ihrer günstigen Lage am Rhein und der Ruhr ein bedeutender Standort der Kohle-, Eisen- und Stahlindustrie. Diese prägen Duisburg bis in die Gegenwart: Auch heute noch ist Duisburg der größte Stahlstandort Europas (Stadt Duisburg o.J.). Hinzu kommen Vorteile für die weiterverarbeitende Industrie, wie bspw. die gute Lage der Stadt am Kreuzungspunkt wichtiger europäischer Nordsüd- und Ostwest-Handelswege. Duisburg bzw. das Ruhrgebiet verfügte außerdem über reiche Kohlevorkommen und hat mit den umliegenden Großstädten einen großen Absatzmarkt in unmittelbarer Nähe (Ziesemer 2004). Dennoch führte diese Abhängigkeit von Kohle und Stahl im Strukturwandel der letzten Jahrzehnte zu einem gravierenden Verlust von Arbeitsplätzen. Die zunehmende Nutzung von Öl und Gas führte zu einer sinkenden Nachfrage von Kohle und daraus resultierend dem Zechensterben in der Rhein-Ruhr-Region (Ziesemer 2004). Produktionsstätten wurden geschlossen und werden heute mit dem Slogan »Industriekultur – das Leben von heute vor den Kulissen von gestern« als Sport- und Kulturstätten, Denkmäler und Naherholungsgebiete beworben (Tourist Information Duisburg o.J.: 11).

Auch die Klimakrise beeinflusst zunehmend die kommunale Politik der Stadt Duisburg. Um eine rechtliche Grundlage für kommunalen Klimaschutz zu schaffen, wurde 2017 durch einen Grundsatzbeschluss des Rats der Stadt Duisburg das *Klimaschutzkonzept Duisburg. Nachhaltig* beschlossen (Stadt Duisburg 2017a). Die Erstellung wurde durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit gefördert. In die Planung des Klimaschutzkonzeptes waren vornehmlich Expert:innen des Zentrums für Logistik und Verkehr der Universität Duisburg-Essen sowie das Klimabüro, das Referat für Gleichstellung und Chancengleichheit und weitere Expert:innen der Stadt Duisburg eingebunden.

Abb. 1: Gender im kommunalen Klimaschutz der Stadt Duisburg: chronologischer Überblick



Quelle: Eigene Darstellung

Der Fokus auf den Zusammenhang zwischen Gender und Klimawandel ist für die Stadt Duisburg nicht neu. Dass das Thema Gender ein integrativer Bestandteil des *Lokalen Agenda 21*-Prozesses in Duisburg sein muss, wurde schon 1997 durch einen Aufstellungsbeschluss zur *Lokalen Agenda 21* festgehalten. Auch das Frauennetzwerk der Stadt als zivilgesellschaftlicher Akteur setzt seit einigen Jahren die Themen Nachhaltigkeit und Klimakrise verstärkt auf die politische Tagesordnung. Während der Vorbereitungs- und Erstellungsphase des Konzeptes fanden zur Einbeziehung der Öffentlichkeit mehrere Workshops zu *Frauen- und Genderbelange im Duisburger Klimaschutz* statt. Diese wurden in Zusammenarbeit mit der Beratungsfirma *adelphi*, mit der damaligen Klimaschutzbeauftragten der Stadt Duisburg sowie dem Referat für Gleichberechtigung und Chancengleichheit durchgeführt (Bichler/Jochum/Freer 2015). Eine chronologische Übersicht über die Entwicklung des Klimaschutzkonzeptes ist in Abb. 1 dargestellt.

Die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes hat das Team der Klimaschutzmanager:innen im Klimabüro der Stadt Duisburg seit Beginn 2021 federführend übernommen. Darüber hinaus wird die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes regelmäßig mit Vertreter:innen der Gleichstellungsstelle, des Umweltamtes, zivilgesellschaftlichen Akteur:innen, Stadtplanung, Verkehrsplanung, Verkehrsgesellschaft, Unternehmen, Stadtwerke und dem Kommunikations-team der Stadt Duisburg diskutiert und abgestimmt.

Das Klimaschutzkonzept ist in insgesamt sieben Handlungsfelder unterteilt: Industrie und Wirtschaft; Verkehr; Logistik; Klimagerechte Stadtentwicklung; Energieeinsparung, Steigerung Energieeffizienz Gebäude, Energie- und Wärmeversorgung; klimafreundliche öffentliche Beschaffung (Kernverwaltung und eigenbetriebsähnliche Einrichtungen); Sharing/ Collaborative Economy; sowie Gender/Diversity (Stadt Duisburg 2017a). Für jedes Handlungsfeld wurden Ziele, Teilziele und Maßnahmen in einem Zielsystem zusammengefasst und zusammenhängend dargestellt. Zusätzlich beinhaltet das Konzept fünf handlungsfeldübergreifende Maßnahmen und definiert genaue Klimaschutz-Potenziale entlang der Handlungsfelder.

Im Rahmen dieses Beitrags werden wir uns im Folgenden ausschließlich auf die im Handlungsfeld 7 *Gender und Diversity im Klimaschutz* angeführten Maßnahmen sowie relevante handlungsfeldübergreifende Maßnahmen beziehen. Das Handlungsfeld 7 beinhaltet zwei Maßnahmen und betont »dass zu einem erfolgreichen stadtgesellschaftlich umfassenden Klimaschutzkonzept die ausgewogene Teilhabe und Mitwirkung aller gesellschaftlichen Gruppierungen gehört« (Stadt Duisburg 2017a: 13). Anders als andere Hand-

lungsfelder wurde der Bereich Gender nicht aus vorherigen Strategiepapieren übernommen, sondern entstand während des Erstellungsprozesses »im Zuge der AkteurInnenbeteiligung« (Stadt Duisburg 2017a: 12) und »in Abstimmung mit allen Prozessbeteiligten« (Stadt Duisburg 2017a: 65). Welche Akteur:innen genau Einfluss auf dieses Handlungsfeld hatten, wird nicht weiter ausgeführt.

Bemerkenswerterweise bezieht sich (trotz des Titels) keine der beiden Maßnahmen im Handlungsfeld 7 speziell auf Gender. Maßnahme 5.10.1 beschreibt die »Förderung der Teilhabe von Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund im lokalen Klimaschutz im Rahmen von Urban Action Research und Service Learning« (Stadt Duisburg 2017a: 160f.), während Maßnahme 5.10.2 auf die »Entwicklung eines Kooperationsprojektes zwischen PartnerInnen aus der Wissenschaft, der städtischen Verwaltung und ihren Beteiligungsgesellschaften zur Erforschung und Beteiligung von verschiedenen Zielgruppen im Duisburger Klimaschutz« abzielt (Stadt Duisburg 2017a: 162f.). Die einzige Maßnahme, die Gender tatsächlich thematisiert, ist handlungsfeldübergreifend und fördert die »Fortbildung städtischer MitarbeiterInnen zum Thema Frauen- und Genderbelange und Klimaschutz« (Stadt Duisburg 2017a: 100).

4. Methodik

Um den Entstehungsprozess des Duisburger Klimaschutzkonzepts genauer und tiefergehender nachvollziehen zu können, folgte unsere Forschung einem qualitativen Ansatz. Zusätzlich zu einer qualitativen Inhaltsanalyse (Mayring 2015) des Konzepts führten wir sechs Interviews mit Expert:innen der Stadt Duisburg, der Universität Duisburg-Essen und dem Regionalverband Ruhr, die an der Erstellung und/oder der Umsetzung des Konzepts beteiligt waren oder sind. Relevante Expert:innen wurden aufgrund ihrer Mitarbeit am Konzept und im zweiten Schritt per Schneeballverfahren identifiziert und kontaktiert, was uns die anfänglich durch die *COVID19-Pandemie* erschwerte Kontaktaufnahme mit Expert:innen erleichterte.

Alle Interviews dauerten zwischen 45 und 90 Minuten und folgten einem teilstrukturierten Ablauf. Jedes Gespräch orientierte sich an einem individuellen Leitfaden, der das Interview strukturierte, ohne dabei Zwischen- und Nachfragen auszuschließen oder Expert:innen in ihrem Redefluss zu unterbrechen. Die Interviewerin war während des Gesprächs frei, die Reihenfolge und Prioritäten der Fragen zu ändern. In jedem Interview waren zwei Au-

torinnen aus unserem Team anwesend. Die Leitfäden wurden auf der Basis vorheriger Literatur- und Hintergrundrecherche sowie dem Klimaschutzkonzept der Stadt Duisburg erstellt. Aufgrund der *COVID19-Pandemie* war es uns nicht möglich, uns persönlich mit unseren Interviewpartner:innen zu treffen. Alle Interviews wurden daher über die Software Microsoft Teams geführt und audiovisuell aufgezeichnet. Die Gespräche wurden anschließend transkribiert und mit Hilfe weiterer Software thematisch codiert und analysiert. Alle drei Autorinnen unseres Teams waren an diesem Prozess beteiligt, um unseren Datensatz möglichst nuanciert und differenziert auszuwerten und zu interpretieren.

Generell wurde unser Forschungsvorhaben von allen Befragten sehr positiv und als äußerst relevant wahrgenommen. Mehrere Expert:innen verwiesen dabei auf den bestehenden Mangel an interdisziplinärer Forschung im Kontext Gender und Klimaschutz bzw. Klimawandelanpassung in Deutschland.

5. Ergebnisse: Gender und Klimaschutz in Duisburg

Der folgende Teil dieses Beitrags gibt einen kompakten Überblick über die wichtigsten Ergebnisse unseres Projekts und umfasst Erkenntnisse sowohl aus der qualitativen Analyse des Klimaschutzkonzepts als auch aus den Expert:inneninterviews. Im ersten Abschnitt betrachten wir die Faktoren, die zur Berücksichtigung der Kategorie Gender im Konzept geführt haben, genauer. Dieser Teil beruht vor allem auf unseren Interviews mit Personen, die selbst durch ihre berufliche Position an der Erstellung des Konzepts mitgewirkt haben.

Im zweiten Abschnitt wird erläutert, welches Verständnis von Gender dem Konzept der Stadt Duisburg zugrunde liegt. Wir versuchen dadurch zu beurteilen, wie inklusiv und tiefgehend die Einbeziehung von Gender als relevante soziale Kategorie im Klimaschutzkonzept der Stadt Duisburg tatsächlich ist. In unserer Bewertung orientieren wir uns an der Kategorisierung des *Umweltbundesamtes* (Spitzner et al. 2020: 49), welche die Abstufungen des Ausmaßes, in dem Gender berücksichtigt wird, in *genderblind* (keine Erwähnung der Kategorie), *gendersensitiv* (Anerkennung der Kategorie zur effektiveren Gestaltung von Politik, ohne Geschlechternormen und die Ursachen von Ungleichheiten zu hinterfragen), *genderresponsiv* (Förderung von Geschlechtergerechtigkeit als Gestaltungskriterium bei politischen Entscheidungen und Erfüllung von Gender Mainstreaming-Geboten) und *gendertransformativ* (Adressieren von Ursa-

chen für Benachteiligung, Überwindung von androzentrischem Fokus in der Politikgestaltung, Transformation von Gendernormen) unterteilt. Dieser Teil beruht gleichermaßen auf unseren Interviews sowie der Inhaltsanalyse des Klimaschutzkonzepts.

5.1 Berücksichtigung von Gender im Klimaschutzkonzept

Dieser Abschnitt widmet sich der Frage, welche Faktoren während des Erstellungsprozesses des Duisburger Klimaschutzkonzepts dazu geführt haben, dass die Kategorie Gender im finalen Dokument so ausführlich berücksichtigt wird. Auf Grundlage der Expert:inneninterviews konnten wir vier dieser Faktoren identifizieren: der Einfluss von Individuen, der Einfluss von Netzwerken, die Vergabe des Auftrags zur Erstellung des Konzepts an eine lokale Universität sowie rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen. Im folgenden Abschnitt werden wir diese Aspekte genauer betrachten und diskutieren.

Zunächst wurde in den Interviews der Einfluss von Einzelpersonen als entscheidender Faktor für die Berücksichtigung von Gender im Duisburger Klimaschutzkonzept betont. Vor allem die personelle Besetzung einzelner Posten wie der Gleichstellungsbeauftragten oder der Klimaschutzbeauftragten hat maßgeblich dazu beigetragen, dass das Thema Klima und Gender in das Konzept mit aufgenommen wurde. Wie aus unseren Interviews hervorging, hängt dies u.a. damit zusammen, dass die Tätigkeiten beider Beauftragten in der Regel als kommunale Querschnittsaufgabe verstanden werden und die Positionen aufgrund ihres breiten Aufgabenspektrums viel Spielraum haben, um eigene Schwerpunkte zu setzen (siehe auch Deutsches Institut für Urbanistik 2018; Geithner-Simbine 2016; Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros/Gleichstellungsstellen Nordrhein-Westfalen 2019). Entsprechend wichtig waren somit auch Motivation und berufliche Laufbahn der Posteninhaber:innen für die Ausgestaltung des Klimaschutzkonzeptes. Wie in mehreren Gesprächen hervorgehoben wurde, sei es bspw. u.a. aufgrund des Desinteresses von lokalen Politiker:innen am Thema Gender, sehr anstrengend und arbeitsaufwändig gewesen, die Beteiligung des Frauenbüros an dem Projektvorhaben sicherzustellen. Das Gelingen sei daher hauptsächlich der hohen Motivation der damaligen Gleichstellungsbeauftragten und ihrer langjährigen Erfahrung aus der Frauenbewegung zuzuschreiben.

Diese Abhängigkeit von Individuen bei der Erstellung inklusiver Klimaschutzstrategien ist aufgrund mehrerer Gesichtspunkte kritisch zu betrach-

ten. Eine unserer Interviewpartnerinnen betonte, dass die Notwendigkeit, persönliche Kapazitäten etwa in Form von zusätzlicher Recherche, außerdienstlicher Netzwerkarbeit oder Überstunden einzubringen, besonders problematisch sei, da vor allem die Position der Gleichstellungsbeauftragten meist mit Frauen besetzt werden. Frauen sind durch die ungleiche Verteilung von Care-Arbeit in Deutschland ohnehin einer deutlichen Arbeitsmehrbelastung ausgesetzt (BMFSFJ 2019). Eine Auslagerung des erhöhten Arbeitsaufwands zur Inklusion von Frauen in Klimaschutzpläne auf einzelne Mitglieder eben jener Bevölkerungsgruppe sollte daher hinterfragt werden.

Gleichzeitig könnte der starke Einfluss von Einzelpersonen während der Erstellung des Klimaschutzkonzeptes auf einen mangelhaften Beteiligungsprozess hinweisen. Eine angemessene Beteiligung von Bürger:innen, Verbänden und der lokalen Wirtschaft in der lokalen Klimaschutzpolitik ist aufgrund mehrerer Aspekte zentral für den Erfolg von Strategien und Maßnahmen. Partizipation ist nicht nur ein Mittel, um die Öffentlichkeit zu informieren, sondern kann auch dabei helfen, Akteur:innen von der Notwendigkeit des Klimaschutzes zu überzeugen, die Akzeptanz von Maßnahmen zu steigern, Kooperationen anzuregen sowie Stakeholder zu eigenen Aktivitäten zu motivieren. Auch Kropp (2013) verweist darauf, dass Regelungen in Bezug auf die Klimakrise, die »von oben« verordnet statt partizipativ erarbeitet werden, häufig nicht die notwendige Akzeptanz in der Bevölkerung entwickeln, um tatsächlich zu nachhaltigem Wandel zu führen. Einige der interviewten Expert:innen bestätigten, dass partizipative Elemente in der Erstellung des Duisburger Konzepts nur eine untergeordnete Rolle spielten und Entscheidungen in der Regel in einem kleinen Kreis getroffen wurden. Die Einbringung von Gender als Thema im Klimaschutz sei demnach hauptsächlich zwei Individuen im Beirat des Konzepts zu verdanken. Diese Abhängigkeit vom außerordentlichen Engagement weniger Einzelpersonen ist kritisch zu betrachten: Zwar können Positionen wie die Gleichstellungsbeauftragte als Sprachrohr für zivile Gruppen und Organisationen dienen, jedoch braucht gendertransformative (Klima-)Politik strukturelle Veränderungen, die von der Mehrheit einer Gemeinschaft mitgetragen und vertreten werden (Kropp 2013). Anderenfalls laufen wichtige Themen Gefahr, in lokalen Kontexten benachteiligt oder gänzlich ignoriert zu werden.

Als zweiter Faktor wurde die Bedeutung von lokalen, regionalen als auch nationalen Netzwerken hervorgehoben. In diesem Kontext wurden insbesondere Frauennetzwerke als wertvolle Kommunikationsplattform zum Austausch von Information und Wissen erwähnt. Eine Expertin erklärte: »Und

das Wichtigste ist dabei überhaupt über Netzwerke, Expert:innenwissen von verschiedenen Seiten auch zu verfügen, aber auch, dass Ansprechpartnerinnen da sind, die einbezogen werden können.« (Interviewpartnerin 5, persönliches Interview, 21.04.2021) Duisburg kann hierbei auf ein aktives Frauennetzwerk zurückgreifen, welches im Zuge des *Agenda 21*-Prozesses gefördert und ausgezeichnet wurde und dessen Rahmen bereits in den 1990ern die Themen nachhaltige Entwicklung und Frauenpolitik zusammenbrachte (Stadt Duisburg 2017b). Das *Duisburger Frauennetzwerk Agenda 21* ist dabei eng verknüpft mit weiteren Frauennetzwerken auf anderen Ebenen, wie z.B. der *Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) kommunaler Gleichstellungsstellen NRW*. Aufgrund der Expertise und langjährigen Präsenz der Frauennetzwerke war und ist es der Gleichstellungsstelle von Duisburg möglich, Genderbelange in diversen städtischen und landesweiten Gremien zu adressieren und schließlich auch im Beirat des Duisburger Klimaschutzplans einzubringen.

In Anlehnung an die Arbeit von Mendes Barbosa und Walker (2020) zu epistemischer Gerechtigkeit innerhalb der Umweltgerechtigkeit zeigt das Beispiel von Duisburg die Bedeutung von Netzwerken für die Generierung einer Gegenexpertise (*«counter-expertise»* (Mendes Barbosa/Walker 2020: 382)) gegenüber den dominanten Diskursen zu Klimaschutz, welche gender-spezifische Perspektiven nicht berücksichtigen. Wie bei Mendes Barbosa und Walker (2020) spielte dabei die Publikation dieser Gegenexpertise in Form von Broschüren, Flyern oder Newslettern eine zentrale Rolle. Eine Person erklärte:

»[Ich habe] immer Wert draufgelegt, die Ergebnisse zu dokumentieren und zu publizieren. [...] Wie kann ich Wissen erstmal festhalten, dass das erhalten bleibt, aber auch popularisieren. Das waren ja keine Wissenschaftlerinnen, die da alle mitgemacht haben, sondern kamen ja aus allen Bereichen [...] Und die [Ergebnisse] waren auch sehr kritisch teilweise, und da hatte ich natürlich in der Verwaltung Probleme, kritische Ergebnisse zu veröffentlichen. Das war für mich immer ein richtiger Kampf.« (Interviewpartnerin 5, persönliches Interview, 21.04.2021)

Indem das gesammelte Wissen in leicht verständlicher Sprache schriftlich festgehalten, veröffentlicht und durch vorhandene Netzwerke weiter verbreitet wurde, entwickelten sich jenes Wissen und die daraus resultierenden Publikationen zu einem politischen Instrument, auf das sich Netzwerke mit Gegenexpertise (*«networks of counter-expertise»* (Mendes Barbosa/Walker 2020: 385)) in politischen Aushandlungsprozessen berufen können. So veröffentlich-

te das Referat für Gleichberechtigung und Chancengleichheit 2017 bspw. eine Broschüre zu *Frauen- und Genderbelange im Klimaschutz* (Freer/Köth-Jahr 2017).

Als dritten Punkt ergab unsere Analyse, dass in der Wahrnehmung unserer Interviewpartner:innen auch die Vergabe des Auftrags zur Erstellung des Klimaschutzkonzeptes an die Universität Duisburg-Essen anstelle eines Beratungsunternehmens einen Einfluss auf die inhaltliche Ausgestaltung des Konzeptes hatte. Die Erstellung des Konzeptes durch eine lokale Institution mit guten Beziehungen zu öffentlichen Stellen habe dazu geführt, dass weniger mit bereits vorhandenen Schemata und Bausteinen gearbeitet wurde und stattdessen verstärkt auf die lokalen Gegebenheiten und Bedürfnisse eingegangen werden konnte. Beratungsunternehmen haben komplexe Strukturen für Wissenstransfer und können daher bei der Entwicklung von neuen Strategien auf einen großen Erfahrungsschatz an Projekten zurückgreifen. Gleichzeitig basieren sie ihr Geschäftsmodell auf einer Art Wissensindustrie, in welcher der finanzielle Gewinn im Vordergrund steht. So ist die profitorientierte Wiederverwendung von existierenden Ansätzen problematisch, wenn sie lokale Realitäten ausblendet und stattdessen die Probleme den vorhandenen Lösungen anpasst (Keele 2019). Die auf Effizienz fokussierte Arbeitsweise der Beratungsunternehmen steht dabei der (Re-)Politisierung von Klimaschutz, Fragen von Gerechtigkeit und der Identifikation von unterschiedlichen Vulnerabilitäten entgegen (Keele 2019). Wie eine der befragten Personen bestätigte, mache es einen großen Unterschied, dass Mitarbeitende der Universität Duisburg-Essen das Konzept verfasst haben, die »vorher noch kein Klimaschutzkonzept geschrieben haben, und dann eben nicht irgendwas aus der Schublade geholt haben, sondern eben sehr viel freier dann da Ideen entwickelt haben« (Interviewpartner 6, persönliches Interview, 04.06.2021). Durch die Vergabe der Ausschreibung an die örtliche Universität konnte lokales Wissen besser berücksichtigt und eingebunden werden. Gleichzeitig zeigt sich hier ein Trend weg von öffentlichen- hin zu privaten, kommerzialisierten Klimawissenschaften, bei welchem auch Universitäten bspw. durch Auftragsarbeit zunehmend eine Beratungsfunktion übernehmen und somit vermehrt als Dienstleister anstatt als unabhängige Forschungsinstitute agieren (Keele 2019; Perkmann/Walsh 2008; Webber/Donner 2017).

Als vierten und letzten Faktor konnten wir rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen als einflussreiche Aspekte auf die Ausgestaltung des Klimaschutzkonzeptes identifizieren. Diese umfassen einerseits die rechtliche Verankerung von Genderbelangen in der lokalen, regionalen und nationalen Gesetzgebung. Einige unserer Expert:innen betonten wiederholt die Wich-

tigkeit von rechtlichen Grundlagen für die städtische Verwaltung und Politik sowie die Stellung des Themas Gender als Querschnittsaufgabe. Dadurch, dass Gender Mainstreaming u. a. in der Begründung zum Klimaschutzgesetz (Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen 2021) sowie in dem Klimaschutzplan des Landes Nordrhein-Westfalen (Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen 2015) festgeschrieben wurde, konnten sich die Akteur:innen in ihren Forderungen auf diese Vorgaben berufen. Auch nationale und internationale Strategien und Verträge, wie etwa die *Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler und regionaler Ebene* (Rat der Gemeinden und Regionen Europas 2006) oder der Klimaschutzplan 2050 der Bundesrepublik Deutschland (BMUV 2016) wurden von manchen Expert:innen als Grundlage für den Gender-Fokus in Duisburg herangezogen.

Entscheidend war außerdem, dass Duisburg bereits 2005 eine verpflichtende Genderprüfung von Ratsvorlagen beschloss (Rat der Stadt Duisburg 2005a). Seitdem muss jede Drucksache mit Gender Mainstreaming-Relevanz im Vorfeld vom zuständigen Referat auf mögliche Konflikte und Diskriminierung hin überprüft werden. Diese Prüfung traf auch auf das Klimaschutzkonzept der Stadt zu und so wurde die damalige Gleichstellungsbeauftragte schon frühzeitig in den Erstellungsprozess miteingebunden.

Daran anschließend wurde von einigen unserer Interviewpartner:innen auch die Verfügbarkeit von finanziellen Ressourcen hervorgehoben. Da sowohl Gleichstellungsarbeit als auch Klimaschutz und -anpassung vielfach durch Projektgelder gefördert seien, ließen sich mit Fördergeldern gut bestimmte Entwicklungen, wie ein Genderfokus im Bereich Klima, anstoßen. Dies berge allerdings gleichzeitig auch Risiken, da mit dem Ablauf der Projekte auch oft die erschaffenen Strukturen endeten und Wissenstransfer zwischen einzelnen Projekten und Verwaltungsstellen oft vernachlässigt würde, wie eine Person erklärte:

»Das ist natürlich immer schön, wenn man mit Projektgeldern bestimmte Entwicklungen anstoßen kann. Aber auch das Thema Umsetzung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männer [...] ist jahrelang zumindest in Nordrhein-Westfalen über Projektgelder finanziert worden. Und es gibt auch viele Projekte, die dann wieder kaputt gegangen sind. Und auch die Erkenntnisse aus den Projekten haben dann nicht unbedingt einen Transfer erfahren [...] [I]ch weiß auch nicht, inwieweit das wirklich auch vom

Ansatz her dann tatsächlich auch nachhaltig ist.« (Interviewpartnerin 4, persönliches Interview, 15.04.2021)

Die Frage nach der Finanzierung ist im Duisburger Kontext besonders relevant, da die Stadt — wie viele Kommunen im Ruhrgebiet und in ganz NRW — hochverschuldet ist (WDR 2021). Ein wachsendes Aufgabenspektrum in Bezug auf Klimawandelanpassung und Klimaschutz geht häufig mit höheren Ausgaben und sinkenden Einnahmen einher. Kommunen sind daher häufig auf privatwirtschaftliches und gesellschaftliches Engagement angewiesen, um Klimaziele zu erreichen und neue klimatische Herausforderungen zu bewältigen (Kropp 2013).

5.2 Verständnis von Gender

Eine genauere Analyse davon, wie Gender in diesem Dokument verstanden und ausgelegt wird, ist entscheidend, um zu verstehen, ob Gender in diesem Kontext mehr ist als nur Schlagwort zur Erfüllung formaler Vorgaben. Die Interpretation von Gender entscheidet auch darüber, wie Politik gestaltet wird und inwieweit das Konzept einen Beitrag zu gendertransformativer Umweltgerechtigkeit leisten kann. Durch eine qualitative Analyse des Klimaschutzkonzepts und unseren Expert:inneninterviews konnten wir drei Charakteristika identifizieren, die das Verständnis von Gender im Duisburger Klimaschutz entscheidend prägen.

Gender als vage definierte Querschnittsaufgabe

Unser erster Aspekt gilt der Verwendung des Begriffs Gender in der Praxis des kommunalen Klimaschutzes in Duisburg. Hier haben die Expert:inneninterviews zunächst deutlich gezeigt, dass der Begriff Gender in der Praxis bisher wenig aufgegriffen wird. Eine Expertin erklärte uns:

»Das Thema Frauenförderung ist vielleicht an manchen Stellen in den Kommunen angekommen. Das Thema Gender ist oftmals in Kommunen gar nicht angekommen, weil man sich allein schon gegen den Begriff wehrt. Da gibt es ja eine ewige leidliche Diskussion.« (Interviewpartnerin 4, persönliches Interview, 15.04.2021)

Oft mangle es dabei an einem Verständnis für Gender-Themen, weshalb häufig ein Rechtfertigungsdruck für Expert:innen und Mitarbeitende bestehe, die

versuchten das Thema einzubringen. Gender werde oft als »lästiges Frauenthema« (Interviewpartnerin 4, persönliches Interview, 15.04.2021) betrachtet.

Gleichzeitig wurde Gender von befragten Expert:innen häufig als »Querschnittsthema« (Interviewpartnerin 4, persönliches Interview, 15.04.2021) und »Querschnittsaufgabe« (Interviewpartner:innen 1 und 2, persönliche Interviews, 18.03.2021 und 25.03.2021) bezeichnet, dessen Bearbeitung sich nicht auf einen Fachbereich und damit einen Verwaltungsbereich begrenzen lässt. Und auch im Klimaschutzkonzept heißt es: »Das siebte Handlungsfeld stellt als Querschnittsthema in den Vordergrund, dass zu einem erfolgreichen stadtgemeinschaftlich umfassenden Klimaschutzkonzept die ausgewogene Teilhabe und Mitwirkung aller gesellschaftlicher Gruppen gehört.« (Stadt Duisburg 2017a: 13) Die Analyse der Interviews hat außerdem gezeigt, dass Gender in der Praxis im Wesentlichen als *Verwaltungsaufgabe* betrachtet wird. Das Klimaschutzkonzept basiert als Verwaltungsdokument auf rechtlichen Vorgaben. Dadurch, dass Gender Mainstreaming bereits vorher in offiziellen Dokumenten auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene festgeschrieben wurde, gab es eine klare Rechtsgrundlage, auf welcher sowohl die Gleichstellungsbeauftragte als auch die Klimaschutzbeauftragte argumentieren und handeln konnten. Die Interviews haben gezeigt, dass Gender in vielen Fällen vor allem aufgrund rechtlicher Vorgaben und verfügbaren Statistiken über die unterschiedliche Betroffenheit von Frauen und Männern berücksichtigt wird. Während somit diese strukturellen Aspekte wichtige Impulse für die Berücksichtigung von Gender im Klimaschutz geben, gab es für viele der beteiligten Akteur:innen keinen explizit normativen Gerechtigkeitsanspruch für das Themenfeld Klima und Gender. Entsprechend wenig Beachtung fanden daher auch Aspekte der Verfahrens- und Anerkennungsgerechtigkeit im Klimaschutzdokument. Hier lässt sich der Bogen schlagen zu dem vorher erwähnten Einfluss, den Einzelpersonen auf die Erstellung des Konzeptes hatten. Rechtliche Grundlagen und Daten zu Geschlechtergerechtigkeit sind für viele Kommunen ähnlich, jedoch waren lokale Akteur:innen und Netzwerke entscheidend für die Inklusion der Kategorie Gender.

Ein weiterer Aspekt ist in diesem Zusammenhang die ungenaue Verwendung des Konzepts und eine fehlende Differenzierung zwischen den Begriffen *Geschlecht*, *Gender* und *Frauen*, die häufig synonym verwendet werden. Ein Beispiel dafür ist die handlungsfeldübergreifende Maßnahme *Fortbildung städtischer MitarbeiterInnen zum Thema Frauen- und Genderbelange und Klimaschutz* (Stadt Duisburg 2017a: 100f.) in der es heißt:

»Klimaschutz und die mit ihm verbundenen Maßnahmen können Auswirkungen auf die Gleichstellung von *Frauen und Männern* haben. [...] in kommunalem Rahmen sind die Zusammenhänge zwischen *Frauen- und Genderbelangen* und Klimaschutz noch deutlicher herauszuarbeiten. Dafür ist eine Fortbildung der städtischen MitarbeiterInnen wichtig, die die unterschiedlichen Betroffenheiten von *Frauen* durch den Klimawandel detailliert herausarbeitet [...]. Dadurch sollen MitarbeiterInnen in die Lage versetzt werden, Klimaschutzmaßnahmen *frauen- und gendergerecht* auszurichten und auszuwählen sowie Klimaschutzmaßnahmen auf ihre geschlechterspezifische Wirkung zu überprüfen und so zu gestalten, dass keine Benachteiligungen für ein *Geschlecht* entstehen. Auch sollen städtische MitarbeiterInnen dafür sensibilisiert werden, *Frauen* und ihre Netzwerke bei der Entwicklung von Klimaschutzmaßnahmen rechtzeitig zu beteiligen [Herv. durch Autor:innen].« (Stadt Duisburg 2017a: 100f.)

Neben einem binären Verständnis von Gender wird hier auch der Begriff Gender mit Frauen gleichgesetzt. Eine der befragten Expert:innen begründete dies mit der historischen Entwicklung des Berufes der Gleichstellungsbeauftragten, welche ursprünglich auch ausschließlich Frauenbeauftragte hieß. So seien Frauen auch heute noch die vorrangige Zielgruppe und entsprechend sei es sehr schwer ein akademisch-geprägtes und komplexes Konzept wie Gender in ihrer alltäglichen Arbeit umzusetzen.

Basierend auf dem vorangestellten Verständnis von Gender, wurde sich im Kontext von Gender und Klimaschutz häufig ausschließlich auf Frauen als relevante Akteur:innengruppe bezogen. Eine Expertin erklärte uns, »[d]ass es aber bestimmte Dinge gibt, die nach wie vor, sage ich mal, vielfach von Frauen wahrgenommen werden, führt ja dazu, dass es eine immer sehr schnell in diese, auf diese Ebene abrutscht. Das ist jetzt ein Frauenthema« (Interviewpartnerin 4, persönliches Interview, 15.04.2021).

Gender als binärer Begriff

Anknüpfend daran lässt sich auf Grundlage der Interviews festhalten, dass in der Praxis in der Regel mit einem *binären* Verständnis von Gender als *Mann-Frau-Dichotomie* gearbeitet wird. Dies sei u.a. auch durch die rechtlichen Grundlagen bedingt, welche der Gleichstellungsbeauftragten hauptsächlich den Bereich Frauen als Zuständigkeitsbereich zuschreiben:

»Die Gleichstellungsbeauftragte als Leiterin des Frauenbüros arbeitet auf kommunaler Ebene darauf hin, das verfassungsrechtliche Gebot der Gleich-

berechtigung von Frauen und Männern sowie die Ziele der übrigen der Herstellung der Gleichberechtigung dienenden Gesetze zu verwirklichen. Sie wirkt bei allen Vorhaben und Maßnahmen der Stadt mit, die die Belange von Frauen berühren oder Auswirkungen auf die Gleichberechtigung von Frau und Mann und die Anerkennung ihrer gleichberechtigten Stellung in der Gesellschaft haben. In der Zuständigkeit der Gleichstellungsbeauftragten liegen alle frauen- und gleichstellungsrelevanten Fragen und Angelegenheiten.« — §15 Abs. 1 Hauptsatzung der Stadt Duisburg (Rat der Stadt Duisburg 2005b: 8)

Ein binäres Genderverständnis findet sich auch im Klimaschutzkonzept wieder. Wie bereits beschrieben, bezieht sich das Handlungsfeld 7 (Stadt Duisburg 2017a) auf den Bereich Gender und Diversity im Klimaschutz. Gender wird als »das sozial und kulturell bedingte Geschlecht eines Menschen« definiert, während Diversity »für die Vielfalt in Bezug auf verschiedene Aspekte, wie, Alter, Herkunft, Religion, sexuelle Orientierung oder körperliche Befähigung« steht (Stadt Duisburg 2017a: 12). Das Handlungsfeld soll »Aspekte der Gleichbehandlung und gleichmäßigen Einbeziehung der Geschlechter« (Stadt Duisburg 2017a: 13) in den Fokus rücken und geschlechtsspezifische Strategien und Lösungsansätze ermöglichen. Aus der Beschreibung des Handlungsfelds geht deutlich hervor, dass sich das Konzept weitgehend an einem hetero-normativen, binären Verständnis von Gender orientiert. So heißt es bspw.:

»Im Kontext ›Gender‹ zeigen sich [...] Trends geschlechterspezifischer Lösungsansätze, wobei (überspitzt formuliert) nach wie vor typisch ›männliche‹ Ansätze oft einseitig technologiellastig sind und damit ein Ungleichgewicht und auch entscheidende Nachteile in der Anwendbarkeit produzieren. Grundsätzlich gilt, dass unterschiedliche geschlechtliche Gruppen unterschiedliche Wahrnehmungsperspektiven bei gleichem Themenfokus Klimaschutz haben und auch Probleme oder Lösungen unterschiedlich akzentuieren. [...] So nehmen Männer und Frauen bspw. Notwendigkeiten für Maßnahmen in der Förderung und Attraktivierung des ÖPNV in der Gesamtheit differenziert wahr [sic!]. Beispielsweise ermöglicht eine ›weibliche‹ Perspektive auf Aspekte der Sicherheit oder der Aufenthaltsqualität an Haltestellen des ÖPNV einzugehen, welche stärkere Hemmnisse darstellen können, ihn zu nutzen als etwa der Preis.« (Stadt Duisburg 2017a: 65f.)

Diese Unterscheidung zwischen ›männlichen‹ und ›weiblichen‹ Perspektiven auf Probleme und Lösungen im Klimaschutz betont ein binäres Verständnis

von Gender, in dem sich jeder Mensch als entweder eindeutig männlich oder weiblich einordnen lässt. Diese Binarität lässt sich bspw. auch im Teilziel DIV.a des Konzepts erkennen, das die »Berücksichtigung geschlechterspezifischer Bedürfnisse und Wahrnehmungen in der Stadtentwicklung (>Feminine Stadt</>Maskuline Stadt)<« abdeckt (Stadt Duisburg 2017a: 205).

Im Hinblick auf das Verständnis von Gender im Kontext des Duisburger Klimaschutzkonzeptes decken sich die Ergebnisse unserer Forschung in Duisburg mit anderen Studien zu Repräsentation von Gender in Klimadokumenten. Djoudi et al. (2016) bspw. untersuchten 41 Dokumente zur Klimawandelanpassung auf Aspekte von Gender und Intersektionalität. Ihre Forschung zeigt, dass intersektionale Analysen und ein queeres Verständnis von Gender zwar im Bereich akademischer Gender Studies viele Vorteile bringen, im Bereich Klima jedoch bisher keine Rolle spielen, da dieser Diskurs weiterhin von einer »men-versus-women dichotomy« (Djoudi et al. 2016: 248) bestimmt wird und soziale sowie politische Machtverhältnisse wenig bis gar nicht berücksichtigt werden.

Gender und Vulnerabilität

Wie in der theoretischen Einordnung dieses Beitrags bereits beschrieben, wird die Kategorie Gender häufig benutzt, um die besondere Vulnerabilität von nicht-männlich gelesenen Personen zu betonen und dann entsprechende Schutzstrategien zu entwickeln. Dieses Narrativ wurde sowohl im Klimaschutzkonzept als auch in unseren Interviews häufig aufgegriffen. Frauen wurden nahezu ausschließlich als besonders vulnerabel und schutzbedürftig dargestellt, indem ihre besondere Betroffenheit für Umweltbelastungen (z.B. Feinstaub) und den Auswirkungen der Klimakrise (z.B. Hitze) betont wurde. Als Konsequenz wurden dabei hauptsächlich Anpassungen im Gebiet der Stadtplanung, wie z.B. bessere Gehwege oder mehr Schattenplätze im öffentlichen Raum, gefordert. Vereinzelt wurde außerdem auf die Notwendigkeit hingewiesen, einzelne Personengruppen besser anzusprechen und zu erreichen.

Daran anschließend stellt sich die Frage, welches Verständnis von Gerechtigkeit im Rahmen von Gender und Klimagovernance dominiert. Hier weisen die Ergebnisse unserer Recherche aufgrund der Fokussierung auf die besondere Betroffenheit von Frauen gegenüber den Klimawandelfolgen und die Verortung der Lösungsansätze im Bereich der Stadtplanung darauf hin, dass die ungerechte Verteilung von Schäden und Risiken der Klimawandelfolgen am stärksten adressiert wird. Wie oben beschrieben, wird dieser Fokus auf

Verteilungsgerechtigkeit innerhalb von Klimaanpassungsdiskursen bereits seit den 1990ern kritisiert, da dabei Partizipations- und Anerkennungsgerechtigkeit sowie normative Fragen zu distributiven Aspekten weitestgehend unbeachtet bleiben. Arora-Jonsson (2011) verweist bspw. darauf, dass der Fokus auf die Verwundbarkeit von Frauen meist wenig Konstruktives zu Debatten um Klimaschutz und Klimawandelanpassung beiträgt. Im Gegenteil kann das Beharren auf Vulnerabilität zum gegenteiligen Effekt führen, d.h.:

»[...] gender is made invisible in the debates on climate change since it is assumed that we know what the problem is – the vulnerability of women. It also denies them agency while constructing women's vulnerability as their specific problem. In doing so, it reinforces differences between women and men as given and unchangeable.« (Arora-Jonsson 2011: 748)

Anstatt die unterschiedliche Betroffenheit als gegeben anzusehen und durch stadtplanerische Maßnahmen darauf zu reagieren, wäre es demnach wichtiger, die sozio-kulturellen und institutionellen Strukturen, welche die (ungerechte) Verteilung konstituieren, zu berücksichtigen. Gendertransformative Politik ist nur möglich, wenn sich der Diskurs und politische Maßnahmen von einer Defizitperspektive entfernen. Stattdessen könnte hier der Blickwinkel der Verfahrens- und Anerkennungsgerechtigkeit wertvolle Erkenntnisse bringen.

Mit Blick auf unsere Analyse des Verständnisses von Gender im Duisburger Klimaschutz lässt sich das Duisburger Klimaschutzkonzept als gendersensitiv bewerten. Das bedeutet, dass Gender als Kategorie anerkannt und berücksichtigt wird, allerdings ohne dabei Geschlechternormen und die Mann-Frau-Dichotomie grundsätzlich in Frage zu stellen: »Klimaschutzmaßnahmen sind auf ihre geschlechtsspezifische Wirkung hin zu überprüfen und so zu gestalten, dass keine Benachteiligungen für ein Geschlecht entstehen.« (Stadt Duisburg 2017a: 14) Ebenso gehört hierzu die Anerkennung der besonderen Betroffenheit von Frauen gegenüber den Auswirkungen der Klimakrise. Dem gegenüber steht ein genderresponsives Verständnis, welches die aktive Förderung von Geschlechtergerechtigkeit als explizites Kriterium der Politikgestaltung berücksichtigt (Spitzner et al. 2020). Während dieses Verständnis von einigen interviewten Expert:innen geteilt wurde, lässt sich diese Perspektive im Klimaschutzkonzept nicht wiederfinden.

6. Schlussgedanken

In diesem Forschungsprojekt untersuchten wir das Duisburger Klimaschutzkonzept und die Inklusion der Dimension Gender aus einer Umweltgerechtigkeitsperspektive. Der Fokus unseres Projekts lag dabei ausdrücklich auf dem Erstellungsprozess, während die Umsetzung des Konzepts größtenteils unbeachtet blieb. Der erste Teil unserer Forschung ergab, dass vor allem vier Faktoren dazu beigetragen haben, dass Gender im Duisburger Klimaschutzkonzept vergleichsweise ausführlich berücksichtigt wurde: Neben dem starken Einfluss von Individuen und Netzwerken waren vor allem auch die Vergabe des Auftrags an die Universität Duisburg-Essen sowie finanzielle und rechtliche Rahmenbedingungen entscheidend.

Diese Erkenntnisse können als Inspiration für die Erstellung und Anpassung lokaler Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsstrategien in anderen Städten aufgegriffen werden. Wünschenswert wäre dabei besonders, dass zukünftige Konzepte sich nicht nur an grundlegenden rechtlichen Vorschriften orientieren, sondern auch an weitreichenden normativen Gerechtigkeitsansprüchen wie sie bspw. in den politischen und gesellschaftlichen Debatten rund um Umweltgerechtigkeit formuliert werden. Eine Genderperspektive auf das Thema Klima ist wichtig, nicht nur um formale Vorgaben zu erfüllen, sondern um Städte und Kommunen inklusiver und gerechter zu gestalten. Die Beteiligung von Bürger:innen und lokalen Initiativen bei der Erstellung dieser Konzepte, wie in Duisburg im Ansatz geschehen, sollte dabei ein zentraler Aspekt sein, um den Genderdiskurs vom Narrativ der Vulnerabilität abzulösen.

In einem zweiten Schritt untersuchten wir, auf welchem Verständnis von Gender das Klimaschutzkonzept beruht und wie der Begriff in der Praxis verwendet wird. Unsere Ergebnisse zeigen, dass Gender meist mit einem binären Verständnis des sozialen Geschlechts einhergeht und häufig synonym zum Begriff *Frauen* verwendet wird. Häufig werden die mit dem Begriff *Gender* genannten Gruppen im Kontext von Klimaschutz als besonders vulnerabel angesehen. Hier zeigt sich, dass es sinnvoll wäre, sich bei Klimaschutz nicht nur an aktueller Forschung aus den Naturwissenschaften zu orientieren, sondern Erkenntnisse aus den Gender Studies in die Erstellung von politischen Konzepten miteinzubeziehen, um politische Strategien inklusiver zu gestalten und den Fokus auf Empowerment statt Vulnerabilität zu lenken.

Aus unseren Beobachtungen ergeben sich außerdem weiterführende Forschungsfragen, die die Zusammenhänge zwischen den oben genannten Ein-

flussfaktoren genauer beleuchten könnten. Besonders die Kooperation mit der lokalen Universität anstatt eines gewinnorientierten Beratungsunternehmens und die Auswirkungen dieser Entscheidung der Stadt erscheint uns ein spannender Umstand zu sein. Weiterführende Forschung könnte sich daher auf den Aspekt der epistemischen Gerechtigkeit bei der lokalen Anpassung an globale Klimaveränderungen fokussieren und wie diese z.B. durch die Wahl der Akteur:innen erreicht werden kann.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass das Duisburger Klimaschutzkonzept Gender zwar als relevante Kategorie für den lokalen Klimaschutz anerkennt und formal berücksichtigt, Geschlechternormen jedoch nicht aktiv in Frage gestellt und Ursachen von Ungleichbehandlung nur wenig thematisiert werden. In diesem gesellschaftlichen Spannungsfeld zwischen strukturellen Ungerechtigkeiten, der (De-)Konstruktion von Geschlechternormen und rechtlichen Vorgaben ist das Konzept zwar genderresponsiv, schafft es aber nicht, transformativ auf Gerechtigkeitsfragen zu reagieren. Im Vergleich zu ähnlichen Klimaschutzstrategien in anderen deutschen Kommunen schenkt die Strategie der Kategorie Gender allerdings weitaus mehr Beachtung und kann daher als essenziellen und ermutigenden ersten Schritt für gendersensitiven Klimaschutz betrachtet werden.

Literaturverzeichnis

- Alber, Gotelind (2015): Gender and urban climate policy, Gender-sensitive policies make a difference, Bonn/Eschborn: GIZ/UN-Habitat/GenderCC – Women for Climate Justice e.V.
- Arora-Jonsson, Seema (2011): »Virtue and vulnerability: Discourses on women, gender and climate change«, in: *Global Environmental Change* 21(2), S. 744–751.
- Atapattu, Sumudu A. (2015): Human rights approaches to climate change. Challenges and opportunities, Abingdon, Oxon, New York: Routledge.
- Bichler, Marian/Jochum, Astrid/Freer, Doris (2015): Frauen- und Genderbeilage im Duisburger Klimaschutz. Tagesdokumentation und Materialsammlung – Workshop im Rahmen des Vorhabens »Klimaschutzdialog«, Duisburg: Stadt Duisburg, URL: https://www.duisburg.de/microsites/rgc/_Microsoft_Word_-_29.11.2016_ueberarbeitete_Fassung_Dokumentation_Workshop.pdf [abgerufen am 25.11.2021].

- BMFSFJ (2019): »Gender Care Gap – ein Indikator für die Gleichstellung«, URL: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/gender-care-gap/indikator-fuer-die-gleichstellung/gender-care-gap-ein-indikator-fuer-die-gleichstellung-137294> [abgerufen am 30.04.2022].
- BMUV (2016): »Der Klimaschutzplan 2050. Die deutsche Klimaschutzlangfriststrategie«, URL: <https://www.bmu.de/themen/klimaschutz-anpassung/klimaschutz/nationale-klimapolitik/klimaschutzplan-2050> [abgerufen am 25.11.2021].
- Bullard, Robert (1990): *Dumping in Dixie. Race, class and environmental quality*, Boulder: Westview Press.
- Butler, Judith (1986): »Sex and gender in Simone de Beauvoir's *Second Sex*«, in: *Yale French Studies* 72, S. 35–49.
- Butler, Judith (1990): »Performing acts and gender constitution. An essay in phenomenology and feminist theory«, in: Sue-Ellen Case (Hg.), *Performing feminisms. Feminist critical theory and theatre*, Baltimore/London: John Hopkins University Press, S. 270–282.
- Carmin, JoAnn/Agyeman, Julian (2011): *Environmental inequalities beyond borders. Local perspectives on global injustices*, Cambridge/Massachusetts/London: MIT Press.
- Cohen, Marjorie Griffin (2017): »Why gender matters when dealing with climate change«, in: Marjorie Griffin Cohen (Hg.), *Climate change and gender in rich countries. Work, public policy and action*, London: Routledge, S. 3–18.
- Deutsches Institut für Urbanistik (2018): »Klimaschutz in Kommunen: Praxisleitfaden«, URL: <https://repository.difu.de/jspui/handle/difu/248422> [abgerufen am 20.12.2021].
- Dieleman, Susan (2015): »Epistemic justice and democratic legitimacy«, in: *Hypatia* 30(4), S. 794–810.
- Djoudi, Houria/Locatelli, Bruno/Vaast, Chloe/Asher, Kiran/rockhaus, Maria/Basnett Sijapati, Bimbika (2016): »Beyond dichotomies: Gender and intersecting inequalities in climate change studies«, in: *Ambio* 45(Suppl 3), S. 248–262.
- European Institute for Gender Equality (2021): »Soziales Geschlecht«, URL: <https://eige.europa.eu/taxonomy/term/1141> [abgerufen am 30.10.2021].
- Fraser, Nancy (1998): *Social justice in the age of identity politics. Redistribution, recognition, participation*, Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, URL: <https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/12624> [abgerufen am 13.09.2021].

- Fraser, Nancy (2000): »Rethinking recognition«, in: *New Left Review* 3.
- Freer, Doris/Köth-Jahr, Ingrid (2017): *Frauen- und Genderbelange im Klimaschutz*, Duisburg: Stadt Duisburg, URL: <https://www.duisburg.de/microsites/rgc/Klimaschutz-Flyer.pdf> [abgerufen am 25.11.2021].
- Fuhr, Harald/Hickmann, Thomas/Kern, Kristine (2018): »The role of cities in multi-level climate governance: Local climate policies ad the 1.5°C target«, in: *Current Opinion in Environmental Sustainability* 30, S. 1–6.
- Geithner-Simbine, Mandy (2016): »Die kommunale Gleichstellungsbeauftragte – Institutionalisierung der Gleichstellung«, in: Wolfram Breger/Katrin Späte/Paula Wiesemann (Hg.), *Handbuch Sozialwissenschaftliche Berufsfelder*, Wiesbaden: Springer VS, S. 133–142.
- genanet – Leitstelle Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit (o.J.): »Umweltgerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit«, URL: <https://www.genanet.de/themen/umweltgerechtigkeit> [abgerufen am 11.09.2021].
- GenderCC – Women for Climate Justice e.V. (o.J.): »Gender & climate change«, URL: <https://www.gendercc.net/de/gender-climate.html> [abgerufen am 11.09.2021].
- Grundmann, Reiner (2016): »Climate change as a wicked social problem«, in: *Nature Geoscience* 9(8), S. 562–563.
- Hafner, Robert (2020): »Environmental Justice Incommensurabilities Framework. Monitoring and evaluating environmental justice concepts, thought styles and human-environment relations«, in: *DIE ERDE – Journal of the Geographical Society of Berlin* 151(2-3), S. 67–76.
- Hein, Jonas/Dünckmann, Florian (2020): »Narratives and practices of environmental justice«, in: *DIE ERDE – Journal of the Geographical Society of Berlin* 151(2-3), S. 59–66.
- Hemmati, Minu/Röhr, Ulrike (2009): »Engendering the climate-change negotiations. Experiences, challenges, and steps forward«, in: Geraldine Terry/Caroline Sweetman (Hg.), *Climate change and gender justice*, Oxford/Warwickshire: Oxfam, S. 155–168.
- Holvoet, Nathalie/Inberg, Liesbeth (2014): »Gender sensitivity of Sub-Saharan Africa National Adaptation Programmes of Action: Findings from a desk review of 31 countries«, in: *Climate and Development* 6(3), S. 266–276.
- Information und Technik Nordrhein-Westfalen (2022): »Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen«, URL: <https://www.it.nrw/statistik/eckdaten/bevoelkerung-nach-gemeinden-93051> [abgerufen am 04.09.2022].
- IPCC (2014): »Climate change 2014: Synthesis report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Fifth Assessment Report of the Intergov-

- ernmental Panel on Climate Change«, in: Core Writing Team/Rajendra Pachauri/Leo Meyer (Hg.), Geneva: IPCC, URL: https://archive.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar5/syr/SYR_AR5_FINAL_full_wcover.pdf [abgerufen am 11.09.2021].
- Keele, Svenja (2019): »Consultants and the business of climate services: implications of shifting from public to private science«, in: *Climatic Change* 157, S. 9–26.
- Klepp, Silja/Chavez-Rodriguez, Libertad (2018): *A critical approach to climate change adaptation: Discourses, policies, and practices*, London: Routledge.
- Kronsell, Annica/Magnúsdóttir, Gunnhildur Lily (2021): »Gender, intersectionality and institutions«, in: Gunnhildur Lily Magnúsdóttir/Annica Kronsell (Hg.), *Gender, intersectionality and climate institutions in industrialized states*, London: Routledge, S. 1–14.
- Kropp, Cordula (2013): »Demokratische Planung der Klimaanpassung? Über die Fallstricke partizipativer Verfahren im expertokratischen Staat«, in: Andrea Knierim/Stefanie Baasch/Manuel Gottschick (Hg.): *Partizipation und Klimawandel. Ansprüche, Konzepte und Umsetzung*, München: oekom verlag, S. 55–74.
- Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros/Gleichstellungsstellen Nordrhein-Westfalen (2019): »Querschnittsaufgabe Frauenpolitik ausgewählte rechtliche Grundlagen«, LAG NRW, URL: <http://www.frauenbueros-nrw.de/service/publikationen.html> [abgerufen am 02.10.2021].
- Martin, Adrian/Gross-Camp, Nicole/Kebede, Bereket/McGuire, Shawn/Munyarukaza, Joseph (2014): »Whose environmental justice? Exploring local and global perspectives in a payments for ecosystem services scheme in Rwanda«, in: *Geoforum* 54, S. 167–177.
- Mayring, Philipp (2015): *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*, Weinheim: Beltz.
- Mendes Barbosa, Luciana/Walker, Gordon (2020): »Epistemic injustice, risk mapping and climatic events: Analysing epistemic resistance in the context of favela removal in Rio de Janeiro«, in: *Geographica Helvetica* 75(4), S. 381–391.
- Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (2015): *Klimaschutzplan Nordrhein-Westfalen. Klimaschutz und Klimafolgenanpassung*, Düsseldorf: Eigenverlag, URL: https://www.klimaschutz.nrw.de/fileadmin/Datendien/Download-Dokumente/Broschueren/klimaschutzbericht_nrw_151201.pdf [abgerufen am 25.11.2021].

- Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen (2021): »Das Klimaschutzgesetz«, URL: <https://www.klimaschutz.nrw.de/instrumente/klimaschutzgesetz/vom> [abgerufen am 25.11.2021].
- Pearse, Rebecca (2017): »Gender and climate change«, in: WIREs Climate Change 8(2), S. e451.
- Pelling, Mark/O'Brien, Karen/Matyas, David (2015): »Adaptation and transformation«, in: Climatic Change 133(1), S. 113–127.
- Perkmann, Markus/Walsh, Kathryn (2008): »Engaging the scholar: three types of academic consulting and their impact on universities and industry«, in: Research Policy 37, S. 884–1891.
- Rat der Gemeinden und Regionen Europas (2006): Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf kommunaler und regionaler Ebene, o.O.: Eigenverlag, URL: https://www.rgre.de/fileadmin/user_upload/pdf/charta_gleichstellung/charta_gleichstellung.pdf [abgerufen am 25.11.2021].
- Rat der Stadt Duisburg (2005a): »Beschlussprotokoll der öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Rates der Stadt Duisburg am 14. März 2005. Drucksache Nr. 05–0801«, Duisburg, URL: <https://sessionnet.krz.de/duisburg/bi/getfile.asp?id=1355848&type=do&#search=%22Ratsbeschluss%22> [abgerufen am 6.12.2021].
- Rat der Stadt Duisburg (2005b): »Hauptsatzung der Stadt Duisburg vom 14. Dezember 2005«, Duisburg, URL: https://www.duisburg.de/rathaus/rathausundpolitik/ortsrecht/S10.01-Hauptsatzung_01.03.2022.pdf [abgerufen am 29.04.2022].
- Röhr, Ulrike/Spitzner, Meike/Stiefel, Elisabeth/Von Winterfeld, Uta (2008): Geschlechtergerechtigkeit als Basis für nachhaltige Klimapolitik. Feministisches Hintergrundpapier, Bonn: Forum Umwelt & Entwicklung.
- Röhr, Ulrike/Sauer, Arn (2018): »How can gender equality and its interdependencies with other social categories contribute to a successful climate policy? A research project about interdependent options for the improved design of climate change mitigation and adaptation measures in Germany«, in: Interdisciplinary Perspectives on Equality and Diversity 4(1).
- Schlosberg, David (2004): »Reconceiving environmental justice: Global movements and political theories«, in: Environmental Politics 13(3), S. 517–540.
- Schlosberg, David (2013): »Theorising environmental justice: the expanding sphere of a discourse«, in: Environmental Politics 22(1), S. 37–55.

- Sorensen, Cecilia/Murray, Virginia/Lemery, Jay/Balbus, John (2018): »Climate change and women's health. Impacts and policy directions«, in: *PLoS medicine* 15(7), S. e1002603.
- Spitzner, Meike/Hummel, Diana/Stieß, Immanuel/Alber, Gotelind/Röhr, Ulrike (2020): Interdependente Genderaspekte der Klimapolitik. Gendergerechtigkeit als Beitrag zu einer erfolgreichen Klimapolitik: Wirkungsanalyse, Interdependenzen mit anderen sozialen Kategorien, methodische Aspekte und Gestaltungsoptionen. Abschlussbericht, Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt.
- Stadt Duisburg (2017a): »Beschlussvorlage: Duisburger Klimaschutzkonzept Duisburg.Nachhaltig – DS 14–0359. Drucksache-Nr. 17–1170«, Duisburg, URL: <https://sessionnet.krz.de/duisburg/bi/getfile.asp?id=1584751&type=do&> [abgerufen am 23.11.2021].
- Stadt Duisburg (2017b): »20 Jahre Duisburger Frauennetzwerk (Lokale) Agenda 21«, URL: https://www.duisburg.de/guiapplications/newsdesk/publications/Stadt_Duisburg/102010100000545784.php [abgerufen am 25.11.2021].
- Stadt Duisburg (o.J.): »Wirtschaftsstandort Duisburg«, URL: <https://www.duisburg.de/wirtschaft/standort/wirtschaftsstandort.php#stahl> [abgerufen am 16.12.2021].
- Stadt Duisburg/Dezernat für Umwelt, Klimaschutz, Gesundheit und Verbraucherschutz (2017a): Klimaschutzkonzept. Duisburg. Nachhaltig, Duisburg: BMUB
- Statistisches Bundesamt (2021): »Gender Pay Gap 2020: Frauen verdienten 18 % weniger als Männer. Verdienstunterschied bei durchschnittlich 4,16Euro brutto pro Stunde«, URL: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/03/PD21_106_621.html [abgerufen am 13.09.2021].
- Temper, Leah/Del Bene, Daniela (2016): »Transforming knowledge creation for environmental and epistemic justice«, in *Current Opinion in Environmental Sustainability* 20, S. 41–49.
- Terry, Geraldine (2009): »Introduction«, in: Geraldine Terry/Caroline Sweetman (Hg.), *Climate change and gender justice*, Oxford/Warwickshire: Oxfam, S. 1–10.
- Tharenou, Phyllis (2013): »The work of feminists is not yet done. The gender pay gap – a stubborn anachronism«, in: *Sex Roles* 68(3–4), S. 198–206.
- Tourist Information Duisburg (o.J.): »City Guide. Duisburg ist echt entdeckenswert, Duisburg«, URL https://www.duisburg.de/tourismus/stadt_erleben/industriekultur/index.php [abgerufen am 23.11.2021].

- UNFCCC (2017): »The Gender Action Plan«, URL: <https://unfccc.int/topics/gender/workstreams/the-gender-action-plan> [abgerufen am 30.10.2021].
- WDR (2021): »Pro-Kopf-Verschuldung der NRW-Kommunen«, URL: https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/nrw-pro-kopf-verschuldung-100-table_callingId-westpol-verschuldung-nrw-gemeinden-100.html [abgerufen am 04.11.2021].
- Webber, Sophie/Donner, Simon D. (2017): »Climate service warnings: Cautions about commercializing climate science for adaptation in the developing world«, in: WIREs Climate Change 8, S. e424.
- Wippermann, Carsten (2020): Sexismus im Alltag. Wahrnehmungen und Haltungen der deutschen Bevölkerung. Pilotstudie, Penzberg: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, URL: <https://www.bmfsfj.de/blob/141246/f8b55ee9dae35a2e638acb53of89dfe0/sexismus-im-alltag-pilotstudie-data.pdf> [abgerufen am 16.12.2021].
- Young, Iris Marion (1990): Justice and the politics of difference, Princeton: Princeton University Press.
- Ziesemer, Alexander (2004): Strategische Stadtentwicklungsplanung im Ruhrgebiet. Eine Analyse am Beispiel der Städte Duisburg und Dortmund, Dortmund: Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur.